

Suchst Du den Krieg, dann kommt er zu Dir!

"Grenzen verstärken sich, wenn man sie antastet.
Sie können zu Brücken werden, wenn man sie anerkennt."
Christian Graf von Krockow

Albisgüetli-Rede 2001

Eine politische Standortbestimmung anlässlich der
13. Albisgüetli-Tagung der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich

von Nationalrat Christoph Blocher
Präsident der SVP des Kantons Zürich

Freitag, 19. Januar 2001, im Schützenhaus Albisgüetli, Zürich

Es gilt sowohl das gesprochene als auch das geschriebene Wort, wobei
sich der Referent vorbehält, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	Seite 2
II.	Die Staatssäulen der Schweiz	Seite 4
III.	Der Drang der Herrschenden in die EU	Seite 5
IV.	"Ethik" statt Recht in der Aussenpolitik	Seite 7
V.	Wie man das Recht mit Füßen tritt und ethisch begründet	Seite 8
VI.	Die EU als undemokratische Grossmacht	Seite 9
VII.	Die Gretchenfrage vom 4. März 2001	Seite 11
VIII.	Suchst Du den Krieg, dann kommt er zu Dir	Seite 12
IX.	Das Ende der Schweizer Widerstandsarmee	Seite 13
X.	Vorbild statt Abbild	Seite 17
	Gästeliste	Seite 18

I. Einleitung

Herr Bundespräsident,
Herr Kantonsratspräsident,
Frau Regierungspräsidentin,
Herren Regierungsräte,

- Damen und Herren Bezirks-, Stadt- und Gemeinderäte
- Damen und Herren National-, Stände- und Kantonsräte
- Herren Bundes-, Ober-, Bezirks- und Friedensrichter

und meine Damen und Herren

- nach der Begrüssung der ausführenden, gesetzgebenden und richterlichen Behörde
- last but not least, Sie als unsere oberste Instanz, Vertreterinnen und Vertreter des Souveräns:

Liebi Fraue und Manne!

Liebe Mitglieder, Freunde, Sympathisanten, Kampfgefährten der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Ich heisse Sie herzlich willkommen. Besonders freue ich mich über die SVP-Delegationen aus den anderen Kantonen. Mit Ausnahme der Kantone Neuenburg und Jura haben sich alle Kantone mit einer Delegation angemeldet. Leider hat die Delegation von Appenzell Innerrhoden 10 Tage zu spät einbezahlt und musste darum abgewiesen werden, was wir bedauern.

"... Das Land ist eben recht,
ist nicht zu gut und nicht zu schlecht,
ist nicht zu gross und nicht zu klein,
um drin ein freier Mensch zu sein!"¹

Mit diesen Versen - geschaffen als Eröffnungslied zum Eidgenössischen Sängerkongress 1858 - rief **Gottfried Keller** einem offenbar erneut in Zweifel gefallenem Land, das zehn Jahre zuvor aus eigener Kraft und unter dem Spott der ausländischen Grossmächte eine **freiheitliche, liberale und demokratische Verfassung** - also einen **Sonderfall** Europas - geschaffen hatte, Mut zu:

"... Das Land ist eben recht,
ist nicht zu gut und nicht zu schlecht,
ist nicht zu gross und nicht zu klein,
um drin ein freier Mensch zu sein!"

Kellers Worte sind zeitlos! Wem gelten diese Worte? Wem müssen sie immer wieder zugerufen werden? Weniger der Schweizer Bevölkerung als viel mehr **den führenden Leuten und führenden Schichten in diesem Land**.

Meine Damen und Herren, wie so oft in der Geschichte befindet sich die offizielle Schweiz auch heute wieder - sei es aus Schwäche, sei es aus Minderwertigkeitsgefühlen, sei es aus Eigennutz, sei es aus Mangel an Eigenständigkeit oder vielleicht geblendet von Grossmächten - an einer Wegscheide. Weil der Bundesrat und das Parlament die Schweiz in die EU und NATO drängen, sind wir in diesem Jahr für zwei ausserpolitische Vorlagen von allergrösster Tragweite an die Urne gerufen.

Es geht um:

- den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union, worüber wir im März abzustimmen haben.
- die Kompetenzzerteilung an Bundesrat und Parlament, die schweizerische Armee auf ausländischen Kriegsschauplätzen einzusetzen, d.h. um die Vorbereitung für den NATO-Beitritt, worüber wir im Juni abstimmen werden.

¹ Gottfried Keller: Eröffnungslied am Eidgenössischen Sängerkongress von 1858.

Damit würden ausgerechnet die Stärken unseres Landes zerstört. Soll das Wesen und Erfolgsgeheimnis der Schweiz schrittweise, aber konsequent zertrümmert werden? Soll die Schweiz aufgegeben werden? Meine Damen und Herren, es geht um die zentralen Fragen der Freiheit, der Wohlfahrt, der Selbstbestimmung und der Sicherheit unseres Landes.

Wir halten es mit der Weisheit von Gottfried Keller:

"... Das Land ist eben recht,
ist nicht zu gut und nicht zu schlecht,
ist nicht zu gross und nicht zu klein,
um drin ein freier Mensch zu sein!"

Ich freue mich, dass Herr Bundespräsident Moritz Leuenberger an unserer Albisgüetli-Tagung zu uns sprechen wird und heisse Sie, Herr Bundespräsident, herzlich willkommen.

Bei uns im Albisgüetli hat der Bundespräsident das letzte Wort, widersprochen wird ihm nicht. Denn der Albisgüetli-Tag ist traditioneller Weise der Tag, an dem eine gute politische Auseinandersetzung stattfindet: Der Parteipräsident der Zürcher SVP spricht Klartext. Er hat als Parteipräsident Partei zu nehmen. Der Bundespräsident nimmt Stellung seitens der Regierung. Sie - Herr Bundespräsident - werden heute Abend ein Publikum antreffen, das sich durch grosse demokratische Reife auszeichnet. Auch wenn die Redner Meinungen vertreten sollten, die den Zuhörern nicht passen, so wird doch zugehört. Ausgepiffen oder angepöbelt wurde im Albisgüetli ein Redner noch nie. Dies soll auch so bleiben. Zur Demokratie gehört eine Auseinandersetzung, die offen, klar und - notfalls - auch scharf sein muss. Aber die Demokratie verlangt auch, dass alle Ansichten geäussert werden können und diesen auch zugehört wird.

Mit Herrn Bundespräsident Moritz Leuenberger sind wir als zürcherische Partei besonders verbunden, denn er stammt ja aus dem Kanton Zürich. Obwohl er Sozialdemokrat ist, gibt es Dinge, über die wir mit ihm einig sind. So, wenn Sie, Herr Bundespräsident, für den Neujahrsempfang der Diplomaten den altertümlichen Frack abgeschafft haben. Ich habe auch nie eingesehen, warum man einen Frack anziehen muss, um sich gegenseitig "es guets Neus" zu wünschen. Natürlich soll man das auch nicht in jedem Tenü tun, aber der Bundesrat kann ja dann wieder Kleidervorschriften erlassen, wenn die Diplomaten in den Badehosen oder im Pyjama im Bundeshaus auftauchen sollten.

Herr Bundespräsident Leuenberger hat gesagt, er wolle sich speziell der Pflege von Minderheiten widmen und komme deshalb zur Zürcher SVP. Weil auch wir Minderheiten sehr ernst nehmen, laden wir jedes Jahr den Bundespräsidenten ein, denn er ist Vorsitzender einer Regierung, die etwa bei EWR, Blauhelmen, Mutterschaftsversicherung und Energieverteuerung immer wieder eine Minderheit war!

Auch haben wir - Herr Bundespräsident - mit Freuden vernommen, dass Sie den Bestrebungen nach einem langjährigen Bundespräsidenten eine Absage erteilt haben. Der Bundespräsident soll jährlich wechseln. Wir teilen Ihre Auffassung. Es ist richtig, wenn immer wieder andere Volksgruppen, andere Landesteile und andere Parteien "ihren" Bundespräsidenten stellen können. Sie sehen, es gibt also auch Verbindendes über die Parteigrenzen hinweg.

II. Die Staatssäulen der Schweiz

Nun - meine Damen und Herren - wir wissen es: Gäbe es in der Schweiz keine direkte Demokratie, so hätten Regierung und Parlament unser Land längst der EU einverleibt, die Schweiz wäre kein neutrales Land mehr, dafür Mitglied der NATO.

Glücklicherweise hat unser Land schon vor langer Zeit wie kein anderer Staat der Welt Vorkehrungen und Schutzmassnahmen getroffen, damit die Interessen und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger nicht durch die Regierenden unterlaufen werden können. Diese Schutzmassnahmen sind:

- Die **Volkssouveränität** auch für Sachentscheide
- Die **immerwährende bewaffnete Neutralität**, die es den Regierenden nicht erlaubt, das Land unter Vorschubung irgendwelcher Gründe in äussere Konflikte hineinzustossen
- Der weitgreifende **Föderalismus**, der dem Zentralismus und damit der Konzentration von Fehlentwicklungen entgegen wirkt
- Die strikte **Gewaltenteilung**
- Die einzigartige **Gemeindeautonomie** als Bollwerk gegen die Herrschaft von oben

Wir müssen uns stets vor Augen halten: So lange der Staat auf diesen tragfähigen Säulen ruht und so lange die Bürger eifersüchtig über ihre Rechte wachen, wird eine Regierung dem Bürger nichts anhaben können, auch wenn sie durch Fehlentscheide, Kleinmut, Grossmannssucht oder Wankelmütigkeit Fehler und Torheiten begehen sollte.

Werden unsere Staatssäulen eingerissen, bricht unser Haus zusammen. Wacht das Volk nicht mehr über seine Rechte, verliert es die Freiheit. Noch immer gilt hierzulande das Wort, das Gottfried Keller seinen Schneidermeister Hediger im "Fähnlein der sieben Aufrechten" sagen lässt: "Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt!"

Im Gegensatz zu anderen Staaten liegt bei uns die politische, aber auch die militärische Macht nicht bei der Regierungszentrale in der Hauptstadt, sondern bei jedem Bürger zu Hause. Darum hat der Bürger auch mit dem Stimmzettel an der Urne über Sachentscheide abzustimmen und nicht nur zu wählen. Und darum bewahrt noch immer jeder wehrpflichtige Schweizer seine Waffe bei sich zu Hause auf. **Die Armee ist kein privates Instrument zur Prestige-Pflege der Regierung oder von Generälen; sie dient einzig und allein der Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes.**

III. Der Drang der Herrschenden in die EU

Meine Damen und Herren,

die Abstimmung vom 4. März 2001 über die Europa-Initiative wird kein Spaziergang sein! Die freiheitlich gesinnten Bürgerinnen und Bürger in diesem Land müssen engagiert kämpfen, damit die Europa-Initiative abgelehnt wird.

Dass die Sozialdemokraten in die EU drängen, braucht uns nicht zu wundern. Sie wissen, dass die EU uns ihre sozialistischen, vom Schweizer Volk immer wieder abgelehnten Anliegen endlich aufzwingen würde, nämlich die staatliche Umverteilung, die Erhöhung der Staats- und Steuerquote, das Verbot des Steuerwettbewerbs, die Aufhebung des Bankengeheimnisses sowie die hemmungslose Schulden- und Staatswirtschaft. Leider kann es die SP kaum erwarten, bis wir in der Schweiz auch die von der EU geforderte Verdoppelung des Mehrwertsteuersatzes auf 15 Prozent einführen können.² Obwohl diese in allererster Linie die unteren Einkommen und den Mittelstand treffen würde.

Die bürgerlichen Parteien FDP und CVP verfolgen in der EU-Frage ihren üblichen Wischiwaschi-Kurs, sind in den Parteiprogrammen theoretisch für den Beitritt, aber in der Praxis nicht bzw. vielleicht nicht jetzt, aber vielleicht später, sicher nicht heute, aber doch morgen, wobei morgen vielleicht erst übermorgen beginnt. Die Fraktionen dieser "Mittelparteien" sind vollständig gespalten; ihre Wähler kaufen die Katze im Sack, denn sie wissen nicht, wer bezüglich EU-Frage welche Meinung hat.

Und der Bundesrat? Er hat aus taktischen Gründen die Nein-Parole zur Europa-Initiative ausgegeben, obwohl er täglich fast gebetsmühlenartig das strategische Ziel des EU-Beitritts herunterleiert und das Beitritts-gesuch schon 1992 in Brüssel hinterlegt hat. Bis zum März will der Bundesrat auf Beschwichtigungstaktik machen, weil er annimmt, dass die Initiative "Ja zu Europa" beim Volk keine Gnade findet. Aber wer weiss schon, was der Bundesrat wirklich will? Fragen wir doch den für unsere Aussenpolitik zuständigen Joseph Deiss! Vor der Abstimmung über die Bilateralen Verträge hat der Bundesrat behauptet: "Ein Ja hat mit einem EU-Beitritt nichts zu tun."³ Eine Woche später erklärte Deiss in einer öffentlichen Rede, der EU-Beitritt sei nun nicht mehr strategisches Ziel, sondern sogar "ein in Arbeit befindliches Projekt".⁴ Wer wundert sich noch, dass die Schweizer Bevölkerung solche Äusserungen als Wortbruch empfindet?

Deiss hat in derselben Rede in Zürich verkündet: "UNO-Beitritt, Frieden und Entwicklung, Europa. Auf allen drei Ebenen möchte ich in den kommenden Jahren Meilensteine erreichen." Wer will eigentlich diese Meilensteine? Herr Deiss sagt, das Ziel laute nicht, möglichst schnell Beitritts-verhandlungen zu eröffnen, sondern beizutreten. Dazu hat ihm aber weder das Parlament noch das Volk ein Mandat gegeben.

Deiss meint: An uns sei es jetzt zu zeigen, dass wir fähig und willens seien, mit Weitsicht "die notwendigen Anpassungen vorzubereiten". Meine Damen und Herren, Herrn Bundesrat Deiss ist zuzurufen, wenn wir Schweizer aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen eines nicht mögen, dann ist es das Wort Anpassung an Verhältnisse, die unsere Freiheit einschränken und vernichten. Nicht Anpassung heisst hier die Devise, sondern Widerstand. Widerstand gegen den Raubzug auf unsere Freiheiten und unser Portemonnaie. Nein, Herr Bundesrat Deiss: Die Schweiz hat nicht über 700 Jahre dafür gekämpft, dass unser kleines Land und seine Bürgerinnen und Bürger von Despoten, Grossmächten und Machtgelüsten verschont blieb, um es heute auf dem Altar kleinmütiger Politiker zu opfern!

² Europa-Plattform. Sonderausgabe Pressedienst SP Schweiz 534/22. März 2000, S. 24.

³ Stellungnahme des Bundesrates zur Volksabstimmung über die Bilateralen Verträge vom 21. Mai 2000, S.12.

⁴ Neue Zürcher Zeitung", 30. Mai 2000.

Meine Damen und Herren,

"... Das Land ist eben recht,
ist nicht zu gut und nicht zu schlecht,
ist nicht zu gross und nicht zu klein,
um drin ein freier Mensch zu sein!"

Wir halten es mit Gottfried Keller und wollen auch in Zeiten grosser Unsicherheit der Regierenden nicht wanken. Zum Glück erteilt heute der Bundesrat keinen Auftrag für ein Lied für das Eidgenössische Sängerkongress 2001. Wissen Sie, wie dieses Lied lauten würde? Etwa so:

Das hohe Lied des Bundesrates "
... Das Land ist eben nicht mehr recht,
Euch ist es gut, aber uns zu schlecht,
"Eus Höche" ist es viel zu klein,
Ihr Bürger braucht nicht frei zu sein,
drum hopp mit Euch in die EU rein,
die NATO gibt's noch oben drein!"

IV. "Ethik" statt Recht in der Aussenpolitik

Welcher Weg, welche Absichten, welche Beweggründe gelten eigentlich in der Aussenpolitik? Stochern wir weiter im Nebel, der im Bundeshaus zur Verschleierung der aussenpolitischen Ziele verbreitet wird. In den fünf Zielen der bundesrätlichen Aussenpolitik fehlen neuerdings die beiden wichtigsten, nämlich die Wahrung der Unabhängigkeit und der Freiheit unseres Landes. ⁵ Unabhängigkeit, Freiheit und Wahrung der schweizerischen Interessen sowie die Neutralität sind selbst mit der Lupe nirgends mehr zu finden und dies, obwohl unsere Bundesräte, unsere National- und Ständeräte, kaum sind sie gewählt, ihre Schwurfinger in die Höhe halten und schwören: **"Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, (...) die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen (...), so wahr mir Gott helfe!"**

Neu soll - gemäss unserem Aussenminister - die Aussenpolitik nicht mehr der Wahrung der Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes dienen. Er sagt, künftig solle sich die Aussenpolitik "von ethischen Grundwerten stärker als von spezifischer Interessenwahrung" leiten lassen! ⁶ **Merken Sie, meine Damen und Herren, wie ungeheuerlich eine solche Aussage ist? Damit wird die Aussenpolitik der freien Beliebigkeit von Regierenden, Diplomaten und Politikern anheim gestellt. Fast alles und jedes lässt sich nämlich ethisch begründen. Es kommt doch drauf an, ob es sich um eine gute oder um eine schlechte Ethik handelt. Wie oft werden wohl tönende ethische Begründungen gebraucht, um schlechte Absichten zu verdecken. Welche Kriege, Massenvernichtungen, welche Kreuzzüge und welche verheerenden politischen Entwicklungen wurden nicht gerade unter Berufung auf angeblich ethische Grundwerte eingeleitet? Nicht ohne Grund leben wir in einem Rechtsstaat und nicht in einem Ethikstaat. Staatliches Handeln hat sich auf das Recht und nicht auf irgendeine beliebige, auswechselbare Ethik zu stützen, unter der erst noch jeder Mensch etwas anderes versteht.**

Mit der sogenannten Ethik haben wir in den letzten Jahren miserable Erfahrungen gemacht: Unser Land wurde erpresst und erniedrigt, stets unter Berufung auf ethische Grundwerte. Mit Berufung auf Ethik liessen sich Milliarden aus unserem Lande pressen. Es ist für unseren Kleinstaat geradezu verheerend, wenn er sich von der ethischen Beliebigkeit statt von Recht und Rechtssicherheit leiten lässt, denn dann wird er früher oder später zum wehrlosen Spielball der Grossmächte, welche es ihrerseits natürlich nicht versäumen, ihre Interessen hinter sogenannte ethischen Grundsätzen zu verbergen.

⁵ Die fünf Ziele der bundesrätlichen Aussenpolitik lauten: Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden; Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat; Förderung der Wohlfahrt; Abbau sozialer Gegensätze; Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen: Vgl. Schweiz global 1 (2000). S. 6.

⁶ Wir sind auf Verbündete angewiesen." Interview mit Bundesrat Joseph Deiss, in: Schweiz global 1/2000, S. 4.

V. Wie man das Recht mit Füßen tritt und ethisch begründet

Bereits hat man angefangen, das Recht des Volkes zu umgehen und die bundesrätliche Ethik dem Recht voranzustellen. Wie anders ist es zu erklären, dass laut Bundesrat die Schweiz seit dem Wiener Gipfel von 1998 in der EU den Status eines "designierten Mitgliedes" trägt.⁷ Vom Beitrittskandidaten des Bundesrates wurden wir plötzlich zum "designierten Mitglied". Durch wessen Entscheid? Sicher nicht per Volksentscheid, wahrscheinlich durch die Ethik!

Wie ist es erklärbar, dass der letztjährige Bundespräsident Adolf Ogi zur Eröffnung einer Ausstellung zum 500. Geburtstag des römisch-deutschen Kaisers Karl V. nach Madrid eilte, weil die Schweiz ja auch einmal seinem universalen Reich angehört habe. Hat denn der Bundesrat vergessen, dass die Schweiz viele blutige Auseinandersetzungen auf sich nehmen musste, um dem habsburgischen Machtanspruch entrinnen zu können? Im Vorwort des Ausstellungskatalogs steht die bekenntnishafte Phrase, die beteiligten Länder würden sich zum vereinigten Europa bekennen. (So wie es Karl V. wollte, aber die Schweiz eben nicht!) Wer hat denn dem Bundespräsidenten die Erlaubnis erteilt, unser Land zu den Bekennern eines vereinigten Europas zu erklären? Sie sehen: Vom Nicht-EU-Mitglied zum Beitrittskandidaten, von dort zum "designierten EU-Mitglied" und schliesslich zum offiziellen Bekenner eines Vereinigten Europas.

Dölf Ogi durfte am EU-Gipfel in Nizza erstmals auf dem Familienfoto mit sämtlichen europäischen Regierungschefs posieren. Auch wenn er nur in der hintersten Reihe stand, so war doch etwas vom Hauch der Grösse der Macht zu spüren. Nach seiner Vierminuten-Rede soll Ogi in einer Ecke den Schweizer Journalisten erklärt haben, die Staatschefs hätten ihm interessiert zugehört.⁸ (Wohlgemerkt: Den Schweizer Journalisten. Ausländische Journalisten hätten es ihm sowieso nicht geglaubt.)

⁷ Neue Zürcher Zeitung", 20. Juli 1999.

⁸ Facts" Nr. 50 (2000), S. 45.

VI. Die EU als undemokratische Grossmacht

Meine Damen und Herren, was ist denn das für ein Gebilde, dem wir unbedingt beitreten sollen? In welchem Paradies will uns der Bundesrat mit legalen, illegalen, ethischen und immer wieder neu ausgeheckten Gründen unter allen Umständen hineinführen? Eines steht fest, dieses Paradies soll eine Grossmacht werden: **So sagt Romano Prodi, Präsident der EU-Kommission wörtlich, die EU müsse zu "einer echten Grossmacht zusammenwachsen". Nur wenn Europa mit einer Stimme spreche, könne der Kontinent sowohl politisch als auch wirtschaftlich seine Rolle als Grossmacht spielen.**⁹ **Ein solch brennender Grossmachtehrgeiz liegt aber völlig neben allem, was unseren Kleinstaat stabil, erfolgreich und wohlhabend gemacht hat.** Wer sich einer solchen Grossmacht anschliesst, gibt die Schweiz auf!

Meine Damen und Herren, hat nicht die Brüsseler Bürokratie für jedermann sichtbar ihre ungeschminkte, ziemlich hässliche Fassade gerade in jüngster Zeit offenbart?

- Wo bleibt denn die Ethik angesichts der geradezu sprichwörtlichen **EU-Korruptionen**? Milliarden Steuergelder verschwinden Jahr für Jahr, beispielsweise aus dem Agrar- und Strukturfonds.
- Wo bleibt denn die Ethik in Bezug auf die völlig willkürlichen Sanktionen gegen den **Kleinstaat Österreich**, dessen Volk die Sozialdemokraten nach jahrelanger Pfründenherrschaft in die Opposition schickte? Die Sanktionen waren illegal, aber selbstverständlich ethisch begründet!
- Sogar das **Skifahren in Österreich** wurde damals - z.B. von Belgien - zur Todsünde erklärt. Meine Damen und Herren, solche Boykottklärungen sind nicht mehr weit vom Ruf "Kauft nicht bei Juden!" Ist das Ethik?
- In **Nizza** hat sich gezeigt, dass die mächtigen Grossstaaten ihre Rechte auf Kosten der Kleinstaaten ausbauen wollen. So darf beispielsweise der niederländische Chef der Europäischen Zentralbank nicht einmal mehr die ganze Amtszeit absitzen, weil es dem mächtigen Frankreich nicht gefällt.
- Als Italien vor drei Monaten **Steuerreduktionen** zur Wirtschaftsförderung in Süditalien durchführen wollte, hat Brüssel dies verboten.¹⁰ So würde auch mit der Schweizer Gemeindeautonomie und der eigenständigen Festsetzung des Gemeindesteuerfusses im Falle eines EU-Beitritts umgegangen. Aber, es ist ja schliesslich alles eine Frage der Ethik!
- Nun gibt es selbstverständlich unter so vielen Ethikern nur befreundete Nationen. Man ist ja schliesslich in einer Wertegemeinschaft und beschwört diese auch bis zur Erschöpfung. Die Politiker haben wieder ein neues Wort gefunden: die **"Wertegemeinschaft"**. Dabei kommt es doch auf den Inhalt der Werte an. Ganz sicher will die EU den Wert "Demokratie" - wie wir ihn verstehen - nicht. Ein besonders freundliches Zeichen dieser "Wertegemeinschaft" bildete die Kündigung des **Luftverkehrsabkommens** durch Deutschland einen Tag nach der schweizerischen Volksabstimmung über die Bilateralen Abkommen. Auch hier wird selbstverständlich sehr ethisch gehandelt. Denn Geben ist seliger als Nehmen. Lieber als etwas Fluglärm hinzunehmen, gibt uns Deutschland den gewaltigen Transitverkehrslärm.
- **Drohungen** und **Erpressungen** gehören in der EU neuerdings zum normalen Umgangston. Der **deutsche Finanzminister** Hans Eichel droht der Schweiz Sanktionen an für den Fall, dass wir uns nicht dem EU-Diktat bezüglich Zinsbesteuerung und angeblicher Steuerflucht beugen.¹¹ Eichel bezeichnet das Fürstentum Lichtenstein wegen dessen eigenständigem Steuersystem als "Made im EU-Speck".¹²
- In diesen Zusammenhang gehört auch die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, was die EU angeht: Die EU - und hierzulande die EU-Beitrittsbefürworter - erheben gewissermassen einen **allein seligmachenden Heils- und Herrschaftsanspruch**, nicht unähnlich der mittelalterlichen Kirche. Man verlangt ein geradezu religiöses EU-Bekenntnis von Institutionen und Personen. Wer kritisch ist oder einen EU-Beitritt ablehnt, wird als EU-Ketzer angeprangert und ausgegrenzt.

⁹ Bankenkongress: Ein Votum für den Euro, in: "Der Landbote", 18. November 2000

¹⁰ Brüssel untersagt Steuersenkungen in Süditalien, in: "Neue Zürcher Zeitung", 24.10. 2000.

¹¹ "Tages-Anzeiger", 18. Oktober 2000.

¹² "Tages-Anzeiger", 29. Februar 2000.

Wünschen Sie entsprechende Beispiele?

- Gegen jenen **Brüsseler Beamten**, dessen Buch über die unglaubliche EU-Misswirtschaft wesentlich zum Sturz der alten EU-Kommission beitrug, wurde eine beispiellose Rufmordkampagne inszeniert. Er wurde vom Dienst suspendiert und massiv mit Disziplinarmaßnahmen bedroht. Seine Bezüge wurden halbiert, und er wurde schliesslich in die "Direktion für die Verwaltung von Gebäuden und Diensten" versetzt.¹³
- Der Europarat erwähnte in seinem unsäglichem Bericht über angeblich "extremistische Parteien" auch die SVP, denn ein die Extremisten verbindendes Element sei **"die Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses"**.¹⁴
- Der St. Galler CVP-Ständerat Eugen David warnt mich öffentlich wegen meiner EU-Kritik, denn - so betont er - innerhalb der Europäischen Union werde meine Gegnerschaft zur EU **"mit Befremden registriert"**.¹⁵
- Wer die Bestrebungen der EU nicht befürwortet, bekommt heute in der **Bundesverwaltung** keine wichtige Stelle mehr. Das Integrationsbüro des Bundes verlangt von Schweizer Bewerbern für ein Praktikum in Brüssel **"totale Loyalität"** zu den EU-Organen.¹⁶

Wen wundert es, dass der deutsche Bundeskanzler seine Machtbefugnisse leichtfertig auch über andere souveräne Staaten - wie die Schweiz - ausdehnt? Gerhard Schröder beurteilt unser Land schon gar nicht mehr als souveränen Staat. So sagte er im März 2000 an die Adresse der Schweiz: "Es kann und darf keine Steuerinsel geben. Niemandem in Europa ist es erlaubt, für sich in Anspruch zu nehmen, einen Steuerwettbewerb gegen die Partner stattfinden zu lassen - unabhängig davon, ob er formal Mitglied der Europäischen Union ist oder nicht." ¹⁷ Offenbar hat man in Berlin die Schweiz inzwischen zum "informellen" EU-Mitglied erklärt und unser Land geistig bereits annektiert.

Meine Damen und Herren,

dies lassen wir uns als freie Bürgerinnen und Bürger nicht gefallen. Es rächt sich jetzt die zwiespältige Haltung unserer Regierung: Obwohl auch in der neuen Bundesverfassung die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes und der Schutz der Rechte der Bürger als oberstes Ziel festgehalten ist, obwohl Bundesrat und Parlament darauf ausdrücklich einen Eid abgelegt haben, obwohl Volk und Stände sich in den letzten fünfzig Jahren bei allen aussenpolitischen Abstimmungen unzweifelhaft für die Unabhängigkeit und Neutralität des Landes ausgesprochen haben, hat man dem Ausland das Gegenteil signalisiert. Aus dem selbstbewussten, unabhängigen und neutralen Staat hat man zuerst einen "EU-Beitrittskandidaten", dann ein "designiertes EU-Mitglied", dann ein bekennendes Mitglied des "Vereinigten Europas à la Karl V." gemacht, so dass schliesslich der deutsche Bundeskanzler unser Land als "informelles" Mitglied der EU erklärt und bereits glaubt, über dieses gebieten zu können.

Dazu passt, dass die NZZ schreibt: "Mit Joseph Deiss haben die EU-Aussenminister - das ist in Brüssel klar geworden - einen schweizerischen Amtskollegen gefunden, der in jeder Beziehung ihre Sprache spricht." ¹⁸ Doch, meine Damen und Herren, wann endlich werden unsere Bundesräte in Brüssel unsere Sprache - die Sprache der Schweiz - sprechen?

¹³ Ehrung des EU-Beamten van Buitenen. Kinnock warnt vor Buchpublikation, in: "Neue Zürcher Zeitung", 13. Oktober 1999. Siehe auch Reader's Digest, Das Beste, Januar 2000, S. 17.

¹⁴ Liste des Europarats über "Extremisten-Parteien". SVP und FPÖ als Beispiele für Negativtrend genannt, in: Neue Zürcher Zeitung", 26. Januar 2000.

¹⁵ "Neue Zürcher Zeitung", 7. Juli 2000.

¹⁶ Studienführer "Europaweiterbildung" des Integrationsbüros 1/2000, S. 54.

¹⁷ "Bilanz" Nr. 101, März 2000.

¹⁸ "Neue Zürcher Zeitung", 20. Juli 1999.

VII. Die Gretchenfrage vom 4. März 2001

Meine Damen und Herren,

die Gretchenfrage am 4. März 2001 lautet: **Wie hältst Du es mit der Freiheit, der Unabhängigkeit und der direkten Demokratie? Jeder von uns muss bei der Europa-Initiative für sich folgende Fragen beantworten:**

- Willst Du die über Jahrhunderte gewachsenen und in der Schweiz garantierten **Freiheitsrechte** untergraben lassen?
- Willst Du auf die **direkte Demokratie** in den wesentlichen Dingen verzichten? - Willst Du, dass EU-Recht schweizerisches Recht bricht?
- Willst Du, dass über Deinen Kopf hinweg irgendwelche **Verordnungen und Dekrete** erlassen werden, welche dann auch Dich treffen?
- Willst Du immer mehr Staat?
- Willst Du, dass unter dem Stichwort "**Steuerharmonisierung**" der äusserst effiziente Steuerwettbewerb verschiedener Gemeinwesen beseitigt wird?
- Willst du jährlich **10 Prozent des heutigen Bundesbudgets** - also 5-7 Milliarden - zusätzlich nach Brüssel senden?
- Willst Du den **altertümlichen Zehnten** wieder einführen und neuerdings in **Brüssel** entrichten?
- Willst Du um 10 Prozent **höhere Bundessteuern** bezahlen?
- Willst Du mindestens **15 Prozent** - d.h. doppelt so viel wie heute - **Mehrwertsteuer** bezahlen?
- Willst Du auf die eigenständige Währung, willst Du auf den Schweizer Franken verzichten? - Willst Du, dass ohne Kontrolle durch die Stimmbürger weitere **Erhöhungen der Staats- und Steuerquote** beschlossen werden?
- Willst Du eine gigantische **Umverteilung** mitfinanzieren?
- Willst Du 2 % höhere Schuldzinsen bezahlen?
- Willst Du als Hauseigentümer 2 % höhere Hypothekarzinsen bezahlen?
- Willst Du als Mieter massiv höhere Mietzinse bezahlen?
- Willst Du eine **Aussen- und Verteidigungspolitik**, in der uns die Grossmächte Deutschland und Frankreich den Marsch blasen?
- Willst Du eine EU-Armee und damit eine zweifelhafte Interventionsstreitmacht?
- Willst Du Schweizer Politiker, Beamte, Technokraten und Diplomaten, die sich lieber im **Brüsseler Scheinwerferlicht** sonnen, als die Interessen ihres Volkes wahrzunehmen, weil ihnen die EU-Bürokratie mehr **Entfaltungsmöglichkeiten**, eine bessere **Karriere** und ein **grösseres Einkommen** bietet als das biedere Bundesbern?

Meine Damen und Herren, die Antwort am 4. März 2001 ist einfach: Nein zum EU-Beitritt, weil wir Ja sagen zu einer freiheitlichen prosperierenden Schweiz, in der auch unsere Jungen eine Chance und eine gesicherte Zukunft haben. Wer heute die bestehende Schweiz in Brüssel zu Grabe trägt und sich dabei erst noch verpflichtet, dafür jährliche Milliardenbeiträge abzuliefern, der hat die schweizerische Freiheit nicht verstanden und wohl auch nicht verdient! Am 4. März 2001 wird entschieden, ob wir freiwillig das Begräbnis unseres eigenen Landes inszenieren und dabei den Beerdigungsteilnehmern aus Brüssel auch gleich noch einen schönen Teil unserer Hinterlassenschaft in die Hand drücken. Weil wir an eine Schweiz mit ihren Besonderheiten glauben, sagen wir Nein zur Fremdherrschaft und Bevormundung der Bürger.

VIII. Suchst Du Krieg, dann kommt er zu Dir

Ist der EU-Beitritt der erste Streich, bei dem die Unabhängigkeit, die Freiheit der Bürger, die Selbstbestimmung, die direkte Demokratie, die Wohlfahrt, die Neutralität geopfert werden sollen, so folgt am 10. Juni 2001 der zweite Streich alsogleich: Mit der Befürwortung des Militärgesetzes sollen nämlich die dauernd bewaffnete Neutralität und die erfolgreiche 200-jährige Schweizer Friedenspolitik preisgegeben werden.

Meine Damen und Herren,

EU-Initiative und Militärgesetz: **Die SVP hat gegen beides anzutreten.** Der Widerstand gegen diese Politik der kleinmütigen Anpasser ist zur Daueraufgabe unserer freiheitlichen, liberal-konservativen Partei geworden. **Lassen Sie sich nicht täuschen: Mit dem Militärgesetz geht es nicht darum, ob Schweizer Soldaten im Ausland ein wenig zum Selbstschutz ausgerüstet werden sollen oder nicht. Es geht um nichts anderes als um die Teilnahme an ausländischen Kriegen. Mit der Revision sollen unsere Schweizer Soldaten auf ausländischen Kampfplätzen eingesetzt werden. Es geht um die Kooperation mit der NATO und schliesslich um den NATO-Beitritt. So wollen es Bundesrat, SP, FDP und die CVP. Es geht nicht darum, ob Soldaten zum Selbstschutz bewaffnet sein sollen oder nicht.** Unbewaffnete Soldaten sind ohnehin ein Widerspruch in sich selbst. Aber Schweizer Soldaten haben weder bewaffnet noch unbewaffnet im Ausland etwas zu suchen. Und ausländische Armeen haben in unserem Land ebenfalls nichts zu suchen. Wir sagen Nein zu Kriegsabenteuern, welche die Schweiz in fremde Kriege hineinziehen. **Wir sagen Ja zur humanitären Präsenz und zu humanitären Einsätzen. Diese sind von Zivilen zu leisten.**

Der Kleinstaat Schweiz weiss es zur Genüge: Suchst Du den Krieg, dann kommt er zu Dir. Das ist eine alte Weisheit, und darum ist die Schweiz als Kleinstaat neutral. Am 10. Juni 2001 geht es um die Sicherheit, die Unabhängigkeit und die Freiheit des Landes.

IX. Das Ende der Schweizer Widerstandsarmee

Die Schweiz hat die Freiheit der Bürger auf ihre Fahnen geschrieben. Ein solcher Staat wird immer von anderen bedroht, weil Freiheit - wie wir sie verstehen - immer auch eine Provokation darstellt. Rassen- und Klassendiktaturen brauchen keine Armee zur Verteidigung einer nicht vorhandenen Freiheit, sondern höchstens zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, weil niemand dorthin will und weil es dort nichts Lohnenswertes zu holen gilt. Unsere Armee dagegen hat die Aufgabe, Freiheit und Souveränität im Falle eines Übergriffes zu verteidigen. Wir haben eine Armee, um abzuschrecken, um möglichst keinen Krieg führen zu müssen. Der Eintrittspreis für einen Aggressor und der Aufenthaltspreis für einen Aggressor sollen so hoch sein, dass uns niemand angreift. Das scheint die Armeeführung vergessen zu haben.

Wir haben eine Armee, welche auf vier Säulen steht:

1. Auf der dauernd bewaffneten, freiwillig gewählten Neutralität
2. Auf dem Milizsystem
3. Auf der allgemeinen Wehrpflicht
4. Auf dem föderalistischen Aufbau mit Mitverantwortung der Stände

Meine Damen und Herren, auf dem Fundament dieser Säulen blieb die Schweiz über 200 Jahre ohne Krieg. Kein anderes Land kann eine so positive Friedensbilanz aufweisen. Nur Pubertäre können ein solch erfolgreiches Konzept über den Haufen werden. Woher aber kommt denn plötzlich diese abenteuerliche Haltung? Sehen Sie, wer bereit ist, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Neutralität aufzugeben, der ist auch nicht mehr bereit, diese zu verteidigen. Wer die Schweiz aufgibt, braucht keine Armee mehr!

Der Kernauftrag unserer Widerstandsarmee, nämlich bereit zu sein, um einen Angriff auf unser Land mit kriegerischen Mitteln notfalls abwehren zu können, wird von den Verantwortlichen nicht mehr ernst genommen.

- Darum wird in leichtfertiger Weise an allen vier Säulen unserer Landesverteidigung gerüttelt.
- Vielen hohen Militärs ist vor allem die Neutralität ein Dorn im Auge, weil die Neutralität sie daran hindert, im Ausland an fremden Kriegen teilzunehmen. Darum drängen auch sie uns in die UNO, EU und NATO.
- Deshalb wird unsere Armee systematisch auf NATO-Normierung und NATO-Kommandostrukturen umgerüstet.
- Deshalb wird unsere Luftwaffe auf NATO-Lenkung für grössere Operationen getrimmt.
- Deshalb schreibt man lieber NATO-Reglemente ab, statt selber zu denken.
- Deshalb ist der Bundesrat unter ausdrücklicher Umgehung des Volkes und des Parlamentes der "NATO-Partnership for Peace", der "NATO-Partnerschaft für den Frieden", als Vorläuferin zum NATO-Beitritt beigetreten.
- Deshalb wollen vom Bund besoldete ETH-Professoren und strategische Theoretiker, die zwar nicht über besondere Weisheit, aber dafür über eine um so längere Schulzeit verfügen, unbedingt den Beitritt zur UNO, NATO und EU. Immerhin stellen sie fest, dies sei mit unserer Neutralität nicht zu vereinbaren. Einer von ihnen meint, der Sicherheitspolitische Bericht 2000 würde "sowohl die Miliz wie auch die Neutralität de-facto unterlaufen",¹⁹ um dann zwar nicht mehr wissenschaftlich, dafür aber umso politischer festzustellen, Miliz und Neutralität seien sowieso nur "Mythen". Der zweite ETH-Professor fordert ausdrücklich den NATO-Beitritt und die Abschaffung der Neutralität, spottet über "die eifrigen Verteidiger der Tradition" und rümpft hoch-näsig über das tumbe Volk die Nase, weil noch immer 4/5 der Schweizer die Neutralität unterstützen würden.²⁰

¹⁹ Das Dossier: 350 Jahre Westfälischer Friede. Schweizer Neutralität. Interview von Patrick Strössler mit Jürg Martin Gabriel, Professor für Internationale Beziehungen an der ETH Zürich, Teletext/Internet, Oktober 1998.

²⁰ Kurt Spillmann: Welche Armee für die Sicherheitspolitik 2000?, in: "Neue Züricher Zeitung", 11. September 2000.

- Im "Bericht des Perspektivstabs der Bundesverwaltung" - auch das gibt es - steht, dass es sich die Schweiz immer weniger leisten könne, der EU, UNO und NATO nicht anzugehören.²¹
- Die hohen Militärs treiben die NATO-Anschlussfähigkeit mit aller Kraft voran. Eine eigentliche VBS-Propagandawelle rollt an. Militärische Schulen und Kurse werden dafür missbraucht. Die Soldaten sollen als Stimmbürger umerzogen werden.
- Deshalb sagt der Unterstabschef Planung im VBS öffentlich, die Armee gehe ohne Auslandseinsätze vor die Hunde.²²
- Deshalb will die Schweizer Luftwaffe teure Transportflugzeuge anschaffen. Sie spricht von "Aufgabenwahrnehmung im Rahmen multinationaler Einsätze".²³
- Deshalb hat vom 23. Mai bis 7. Juni 2000 auf der Wichlenalp eine französische Panzereinheit erstmals Schiessübungen durchgeführt. Die Schweiz wird zum Kugelfang von Europa! (Etwa von Uran-Munition der NATO?)
- Im November 2000 fand die erste Übung mit dem NATO-Hauptquartier Southcentre auf schweizerischem Boden statt.²⁴ Die Schweiz wird zum Hotelier für internationale Stabsübungen!
- Deshalb politisiert der Chef Heer - Korpskommandant Dousse - an befohlenen militärischen Anlässen und wirbt für ein Ja zum EU-Beitritt, weil dann Auslandseinsätze leichter möglich würden. (Dabei ist er nicht einmal in der Lage, bei den Swisscoy-Truppen den Munitionsbefehl durchzusetzen!) Divisionskommandanten machen an Divisionsrapporten die geistreiche Bemerkung, es sei klüger, ein paar Kompanien oder ein Bataillon ins Ausland zu schicken, als mit vielen Divisionen die Schweizer Grenze zu verteidigen - so der Kommandant der Felddivision 6. Wäre es so einfach, dann könnten wir die Armee ja bis auf ein paar Kompanien gleich abschaffen!

Wäre die Schweizer Armee Teil des NATO-Verbundes, so hätten das Milizsystem und die allgemeine Wehrpflicht keine Berechtigung mehr, und auch der föderalistische Aufbau unserer Armee wäre nur hinderlich. Deshalb geht die Armee XXI mit dem Milizsystem so ausserordentlich salopp um, deshalb wird die allgemeine Wehrpflicht "relativiert", deshalb beseitigt man den föderalistischen Aufbau.

Um Wälder aufzuräumen, Skipisten zu präparieren, Asylsuchende zu betreuen, im Kosovo Dächer zu flicken oder österreichische Aborte zu putzen, gibt es wahrlich besser geeignete Formationen als die zur Verteidigung des Landes ausgebildeten Soldaten.

Dies alles ist ein Missbrauch der Schweizer Armee, **verniedlicht ihre ernste Aufgabe und geht auf Kosten ihrer Einsatzbereitschaft, die im Ernstfall fehlt und hohen Blutzoll fordern wird.**²⁵ VBS und Armeeführung nehmen die Widerstandarmee Schweiz und den Krieg nicht mehr ernst. **Unsere Armee öffnet die NATO nach, indem sie neuerdings die Brust von Schweizer Soldaten für Auslandsaufenthalte mit sogenannten "Ribbons" behängt, was auf Deutsch soviel heisst wie "Ordensband".**²⁶ **Unsere Soldaten dürfen solche Abzeichen auch von der NATO entgegen nehmen und tragen! Der Wunsch, das mächtige Militärbündnis nachzuahmen, ist grösser als jedes Bedenken wegen Abhängigkeit und geistiger Korruption. Für Aufwendungen, die nichts mit den verfassungsrechtlich vorgesehenen Aufgaben unserer Schweizer Armee zu tun haben, werden schon heute weit über 100 Millionen Franken pro Jahr ausgegeben. Allein für das Jahr 2001 belaufen sich die Swisscoy-Kosten auf 27 Millionen Franken.**²⁷ **Und dies auf Kosten unserer Verteidigungsarmee!**

²¹ André Nietlisbach: Herausforderungen 1999-2003. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bericht des Perspektivstabs der Bundesverwaltung, Neuchâtel 1998, S. 17.

²² Aussage von Divisionär Urban Siegenthaler an einer von Generalstabschef Kkdt Hans-Ulrich Scherrer geleiteten Medienkonferenz vom 22. März 1999. AP-Agenturmeldung.

²³ Die Schweizer Luftwaffe, Bern 1999, S. 5.

²⁴ Medieninformation des VBS, 21. Januar 2000.

²⁵ Hans-Dieter Vontobel: Miliz am Scheideweg, in: "Allgemeine Schweizerische Militär Zeitschrift" Nr. 5, 2000, S. 16.

²⁶ Weisung über die Abgabe und das Tragen von Einsatzabzeichen für geleistete Auslandseinsätze des VBS, 10. März 2000.

²⁷ Medieninformation des VBS, 25. Oktober 2000.

Das im Jahr 2001 vollständig ausgebaute Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte wird jährlich 10 Millionen Franken Steuergelder kosten.²⁸

Meine Damen und Herren, der Beweis ist längst erbracht: Die schweizerische Widerstandsarmee soll beseitigt und der NATO-Beitritt angestrebt werden!

Einzelne Medienschaffende haben den Braten gerochen und sich auch getraut zu schreiben, worum es geht. So schreibt ein Kommentator im "Facts": "So wie aus der Abstimmung über den EWR-Vertrag dank Ogi eine Abstimmung über den EU-Beitritt geworden ist, so wird die Abstimmung über die bewaffneten Schweizer Soldaten zu einer Abstimmung über den NATO-Beitritt."²⁹

Der "Tages-Anzeiger", der ja ganz für die Preisgabe der schweizerischen Besonderheiten ist, schreibt verzweifelt, dass bei einem Volksnein bei den bewaffneten Auslandseinsätzen "der Armee XXI Sinn und Vision" genommen werde.³⁰ **Genau das muss geschehen! Der Unsinn muss vom Tisch!**

Aber hören wir zu guter Letzt den Informationschef im Verteidigungsdepartement, ein eifriger ehemaliger Verfechter der Armeeabschaffung. Er schreibt - gleichsam als Zusammenfassung in einem öffentlichen Abschiedsbrief an Adolf Ogi - von dessen "Gewissheit, dass die Armee neben den Schulen und Kursen eingesetzt werden muss, denn sonst brauchen wir sie eigentlich gar nicht mehr." Er hat noch nie etwas davon gehört, dass es gerade der Sinn unserer Armee ist, abzuschrecken und sie wenn möglich nicht zu gebrauchen! Und weiter schreibt der Informationschef: "Eingesetzt gehört sie Deiner Meinung nach - gemeint ist sein Duz-Kollege Dölf - nicht an der Grenze, nicht gegen die Russen und nicht im Réduit, sondern für die Friedensförderung, Katastrophenhilfe und Sicherheit in Suva-Reka, Sarajewo, (...) Algier, Moskau und an den anderen Orten. Die Armee als aussenpolitisches Instrument schweizerischer Weltoffenheit. Das ist ein radikaler Umkehrschluss, ein drastisches Wendemanöver."³¹

Bislang galt in der neutralen Schweiz der Grundsatz: Kein Krieg durch uns. Neu soll gemäss dem Verteidigungsdepartement offenbar die Devise gelten: Kein Krieg mehr ohne uns! Hier, meine Damen und Herren, gilt es anzufügen: So haben sich sonst nur Diktatoren mit ihren Armeen über die eigene Verfassung hinweggesetzt!

Der durch Leukämie erfolgte Tod von Balkan-Soldaten hat hoffentlich den Verantwortlichen endlich die Realität in Erinnerung gerufen. Es geht im Balkan um Krieg mit all seinen Gefahren, um Krankheiten, Verstrahlungen, Seuchen, Hirnhautentzündungen, Minenverletzungen, um lebenslange psychische Störungen und um den Tod! Es gehört zum Auftrag des Soldaten, dass er notfalls töten und sterben muss. Das Inserat der Zürcher SVP, Wollen Sie, dass ihr Sohn einst im Sarg zurückkommt?, trifft den Nagel auf den Kopf. Töten und Sterben wofür? Kämpfen wofür? Das sind die entscheidenden Fragen von grosser ethischer Tiefe. Sie werden in Bern nicht gestellt. Auslandseinsätze sind vor allem ein vom VBS inszeniertes Medien-Theater zur internationalen Einbindung und Unterordnung. Und für so etwas, meine Damen und Herren, schickt man junge Leute nicht in den Krieg! Auch wenn man behauptet, es sei ein Friedenskrieg.

Die Schweizer haben Töten und Sterben - als letztes Mittel - zum Schutz der Souveränität und Unabhängigkeit des Landes und zur Sicherung der Freiheit der Bürger gegen Unterjochung fremder Mächte in Kauf genommen.

Aber für Kriegsabenteuer, für NATO-Einsätze, für eine NATO-Armee im Taschenformat, für Wichtigtuereien von Politikern und Militärs, für Einsätze, wo andere das Sagen haben und ihre Machtinteressen verfolgen, da sind wir nicht bereit, unsere Söhne, die Schweizerinnen nicht bereit, ihre Ehemänner zu opfern. Wir leisten unseren Beitrag zum Weltfrieden durch die Wi-

²⁸ Medieninformation des VBS, 26. Oktober 2000.

²⁹ Markus Schneider: Wie gut war Ogi?, in: "Facts" Nr. 25, 28. Dezember 2000, S. 22.

³⁰ Bruno Vanoni: Adolf Ogis Geheimnis, in: "Tages-Anzeiger", 21. Dezember 2000.

³¹ Oswald Sigg: Lieber Dölf, Abschiedsbrief des Informationschefs und langjährigen engen Mitarbeiters an den scheidenden Bundespräsidenten Adolf Ogi, in: "Die Weltwoche" Nr. 51/52, 21. Dezember 2000.

derstandsarmee, neutral und bündnisfrei, und als neutraler Staat mit humanitärer Präsenz, durch das Rote Kreuz sowie durch ein ausgebautes Katastrophenhilfskorps.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr finden zwei entscheidende Abstimmungen statt. Es geht um die Sicherung unserer Neutralität und unserer Unabhängigkeit.

- Am 4. März 2001 sagen wir: Nein zum EU-Beitritt.
- Am 10. Juni 2001 sagen wir: Nein zu Kriegsabenteuern im Ausland.
- Am 10. Juni 2001 sagen wir: Nein zu fremden Armeen in der Schweiz

Diese drei Nein bedeuten ein Ja zu:

- Einer sicheren Zukunft in Freiheit, dem Leitspruch unserer Partei seit vielen Jahren.
- Zu Freiheit und Wohlfahrt.
- Zu einer weltoffenen Schweiz in Frieden.

X. Vorbild statt Abbild

Meine Damen und Herren,

es ist doch erstaunlich: In den letzten zehn Jahren hat die Schweiz an Ansehen und Goodwill sehr viel eingebüsst, obwohl der Bundesrat in dieser Zeit wie nie zuvor versucht hat, mit seiner Anpassungspolitik im Ausland Sympathien zu holen. Respekt holt man sich eben nicht, indem man sich vor den andern in den Staub wirft, vorauseilend gehorsam ist und fragwürdige Erlasse und Gesetze autonom nachvollzieht. **Internationalen Respekt holen wir uns, wenn wir zeigen, wie man mit weniger Paragraphen und weniger staatlicher Bevormundung besser leben kann! Die bundesrätliche Aussenpolitik - und übrigens teilweise auch die Schweizer Wirtschaft - verlor den Respekt, als sie vor den Drohgebärden von jenseits des Atlantiks in die Knie fiel.** Anpassung war immer eine schlechte Methode des Regierens.

Wenn unser Kleinstaat in der Welt etwas bewegen will, muss er nicht den andern nacheifern, sondern ein Vorbild sein. Wer führt, gibt die richtige Richtung an und macht etwas Eigenständiges. **Alle grossen Persönlichkeiten in Politik, Wirtschaft und Kultur haben etwas erreicht, weil sie die Sache anders angepackt haben als alle andern, weil sie ihren eigenen Weg gingen, auch wenn die übrigen meinten, eine Sache sei unmöglich.** Alle Erfindungen des menschlichen Lebens beruhen darauf, dass Menschen etwas machten, was andere zuvor nie versucht hatten. Vorbild ist nie jemand, der den Trampelpfad der anderen folgt. **Wer immer in der Herde mittrottet, muss wirklich ein Schaf sein.** Die Schweiz hat sich vom Armenhaus Europas zum wirtschaftlich erfolgreichsten Land entwickelt, weil sie ihren eigenen Weg gegangen ist. Sie ist zum Vorbild für Freiheit und Wohlstand geworden.

Wir wollen Vorbild sein - nicht Abbild einer grauen, ineffizienten, sich überall einmischenden, demokratisch kaum legitimierten bürokratischen Beamtenkultur. Ein Vorbild ahmt nicht nach - ein Vorbild wird nachgeahmt! **Wir wollen Vorbild sein des friedlichen Zusammenlebens in Freiheit, Vorbild der Weltoffenheit, Vorbild der Wehrhaftigkeit und der Mitbestimmung seiner Bürger: Das ist die Aufgabe der Schweiz. Geben wir die Schweiz nicht auf. Mögen die andern den bequemen Weg gehen, mögen die andern sich anpassen: Wir tun es nicht!**

Für die SVP, meine Damen und Herren, heisst die Devise nicht Anpassung, sondern Widerstand!

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr gibt es noch viel Arbeit für die SVP. Nur nicht aufgeben! Dies war schon immer unsere Stärke. Darum lautet die Devise zum Jahre 2001: Freundschafliche Zusammenarbeit mit allen Staaten der Welt, aber ohne uns einbinden zu lassen. Wir wollen unser Schicksal selber bestimmen! Wir sind bereit, für unser freiheitliches Staatswesen zu kämpfen - in jeder Beziehung - und die Armee für seine Verteidigung bereithalten.

Packen wir es an! Auch im neuen Jahrtausend. Ich zähle auf Sie.

Gästeliste

Ehregast

Bundespräsident Moritz Leuenberger, Vorsteher des eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Präsident des Zürcher Kantonsrates

Rutschmann Hans, Kantonsratspräsident

Zürcher Regierungsräte

- Frau Regierungspräsidentin Rita Fuhrer, Direktorin für Soziales und Sicherheit
- RR Dr. Christian Huber, Finanzdirektor
- RR Dr. Rudolf Jeker, Volkswirtschaftsdirektor

Ständeräte

- Hans Hofmann, Zürich
- This Jenny, Glarus

Nationalräte aus anderen Kantonen

- Toni Brunner, St. Gallen
- Jean-Henri Dunant, Basel-Stadt
- Jakob Freund, Appenzell Ausserrhodon
- Theophil Pfister, St. Gallen
- Marcel Scherer, Zug
- Hanspeter Seiler, Bern
- Hermann Weyeneth, Bern

Die SVP-Nationalräte aus dem Kanton Zürich

Max Binder, Toni Bortoluzzi, Hans Fehr, Walter Frey, Hans Kaufmann, Robert Keller, Ueli Maurer, Dr. Christoph Mörgeli, Dr. Ueli Schlüer, Jürg Stahl, Bruno Zuppiger, a NR Dr. Hans Ulrich Graf, a NR-Präsident Rudolf Reichling, a NR Werner Vetterli, a RR Dr. Alfred Gilgen

Die Spitze der SVP Schweiz

- NR Ueli Maurer, Präsident der SVP Schweiz
- Frau Cornelia Stamm, Vizepräsidentin und Ersatzrichterin am Bundesgericht
- Jean-Blaise Defago, Generalsekretär

Die Spitze der SVP-Fraktion

- NR Walter Frey, Präsident
- NR Hermann Weyeneth, Vizepräsident

Der Präsident der Jungen SVP Schweiz

Mark Kuster

Besondere Gäste aus den Reihen der SVP

- KR Ernst Schibli, Präsident der SVP-Kantonsratsfraktion
- Prof. Dr. Karl Spühler, ehemaliger Bundesrichter und heutiger Professor für Privat-, Zivil-, Schuld- und Betreibungsrecht an der Universität Zürich
- KR Rudolf Ackeret, nebenamtlicher Bundesrichter

Besondere Gäste aus den militärischen Kreisen

- Kkdt Rico Hess, Kdt FAK 4
- Div Hansruedi Ostertag, Dir. Militärischer Führungsschule ETH Zürich
- Div aD Rolf Walter Siegenthaler, Ehrenobmann der Schützengesellschaft der Stadt Zürich
= Hausherr Schützenhaus Albisgüetli

Ich begrüsse unter uns alle Herren Oberrichter und Bezirksrichter, die SVP-Kantonsräte, die SVP-Verfassungsräte, Gemeinde- und Stadtpräsidenten, Gemeinde- und Stadträte der zürcherischen Gemeinden und den Präsidenten des kantonalen Gewerbeverbandes, Kantonsrat Hanspeter Züblin, den Präsidenten des kantonalen Hauseigentümerverbandes, Kantonsrat Hans Egloff sowie den Präsidenten des Zürcher Bauernverbandes, Erich Jäggin.

Ganz besonders begrüsse ich die SVP-Delegationen der Kantone Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Basel-Land, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Genf - nous saluons cordialement nos amis de l'UDC du canton de Genève - soyez les bienvenus à l'Albisgüetli, Glarus, Graubünden, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Tessin, Thurgau, Uri, Waadtland - nous saluons cordialement nos amis de l'UDC du canton de Vaud - soyez les bienvenus à l'Albisgüetli Wallis, Zug